

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/769

"Bayern zeigt, wie es geht - Einführung der Bezahlkarte und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/769 vom 20.03.2024
2. Beschluss des Plenums 19/785 vom 21.03.2024
3. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 21.03.2024



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Guttenberger, Holger Dremel, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberg, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Dr. Stephan Oetzinger, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler und Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bayern zeigt, wie es geht – Einführung der Bezahlkarte und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt, dass der Freistaat als erstes Flächenland in Deutschland im März 2024 mit der Einführung einer Bezahlkarte für Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beginnt. Der Landtag unterstützt die Staatsregierung in ihren Bemühungen, diese Bezahlkarte nach der Testphase landesweit auszurollen. Die Bezahlkarte ist ein wichtiger Baustein für eine Asylpolitik nach dem Grundsatz „Humanität und Ordnung“.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung endlich ihre Blockadehaltung aufgibt, ihrer Verantwortung gerecht wird und eine Grundlage für die bundesweite Einführung einer umfassenden Bezahlkarte schafft.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den erweiterten rechtlichen Rahmen für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach § 5 AsylbLG auszuschöpfen und die Anzahl von Arbeitsgelegenheiten in Bayern gemeinsam mit den Kommunen insgesamt auszubauen.

Der Landtag sieht jetzt den Bund gefordert, endlich eine echte Asylwende zu schaffen und die Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen. Dazu bedarf es wirksamer Maßnahmen wie z. B. den Abschluss von deutlich mehr Rückführungsabkommen oder die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Die Zeit der Worte und vertaner Chancen auf Migrationsgipfeln ist vorbei.

Begründung:

Die Ausgabe einer Bezahlkarte für Leistungsbezieherinnen und -bezieher nach dem Asylbewerberleistungsgesetz startet in Bayern im März 2024 in den Landkreisen Fürstenfeldbruck, Günzburg und Traunstein sowie der Stadt Straubing. Dann wird die flä-

chenflächendeckende Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber beginnen. Damit zeigt Bayern wieder einmal, dass es Spitzenreiter ist. Seit dem Beschluss zur Einführung der Bezahlkarte im Ministerrat am 14.11.2023 sind nur ca. vier Monate vergangen. Damit beweist der Freistaat, dass sich Ideen schnell, effizient, zielgerichtet und rechtssicher umsetzen lassen, wenn der entsprechende politische Wille vorhanden ist. Dieser politische Wille besteht in Bayern, während innerhalb der Ampel-Bundesregierung immer noch über die Sinnhaftigkeit einer Bezahlkarte gestritten wird.

Bayern leistet mit der flächendeckenden Einführung der Bezahlkarte einen Beitrag zu einer Asylpolitik, die für Humanität und Ordnung steht. Der Freistaat zeigt Herz und Verantwortung für die Menschen, die unseren Schutz benötigen. Das soziale Schutzniveau wird nicht angetastet. Mit der Bezahlkarte werden insbesondere finanzielle Transaktionen in die Herkunftsländer der Asylbewerberinnen und -bewerber verhindert und somit effektiv Pull-Faktoren für illegale Migration gesenkt.

Gleichzeitig sollen in Bayern die Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG deutlich ausgebaut werden mit dem Ziel, spürbar mehr Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Arbeit zu führen. Diese Arbeitsgelegenheiten in ANKER-Einrichtungen und vergleichbaren Einrichtungen sowie bei staatlichen, kommunalen und gemeinnützigen Trägern haben das Ziel, Asylbewerberinnen und Asylbewerbern eine sinnstiftende Tätigkeit zu ermöglichen und den Tag zu strukturieren – ohne Arbeitsaufträge von lokalen Firmen zu ersetzen oder reguläre Arbeitsplätze zu gefährden. Zugleich sollen sie zum Gemeinwesen beitragen, was auch die Akzeptanz des Zuzugs in der Bevölkerung verbessert. Für Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG, die arbeitsfähig, nicht vollzeitschulpflichtig und noch nicht erwerbstätig sind, besteht bereits jetzt die Pflicht zur Wahrnehmung von Arbeitsgelegenheiten. Bei unbegründeter Ablehnung erfolgt eine Leistungskürzung durch den örtlichen Träger. Durch eine Ende Februar dieses Jahres erfolgte Gesetzesänderung in § 5 AsylbLG ist es nun einfacher möglich, weitere Arbeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber anzubieten. Der Freistaat hat die Bedeutung von Arbeitsleistung für die gesellschaftliche Akzeptanz schon lange erkannt und wird daher in Zukunft die Gesetzesänderung nutzen, um Arbeitsgelegenheiten, vor allem bei kommunalen und gemeinnützigen Trägern, konsequent auszubauen und zu besetzen.

Es müssen darüber hinaus auf Bundesebene endlich Taten folgen, um eine echte Asylwende zu vollziehen, damit Länder und Kommunen spürbar entlastet werden. Damit die Bundesregierung ihrer Verantwortung endlich gerecht wird, hat die Staatsregierung diese im Januar 2024 mit den Bundesratsinitiativen „Reform des Asylrechts“, „Zurückweisungen an der Binnengrenze“, „Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren“, „Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten“ und „Zentrale Bundesausreisezentren an den großen Flughäfen“ aufgefordert, Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung der irregulären Migration zu ergreifen. Dazu gehört auch, Sanktionsmöglichkeiten gegenüber Staaten auf den Weg zu bringen, die sich weigern, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Petra Guttenberger, Holger Dremel, Dr. Alexander Dietrich, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Dr. Stephan Oetzinger, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/769

Bayern zeigt, wie es geht – Einführung der Bezahlkarte und Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber

Der Landtag begrüßt, dass der Freistaat als erstes Flächenland in Deutschland im März 2024 mit der Einführung einer Bezahlkarte für Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beginnt. Der Landtag unterstützt die Staatsregierung in ihren Bemühungen, diese Bezahlkarte nach der Testphase landesweit auszurollen. Die Bezahlkarte ist ein wichtiger Baustein für eine Asylpolitik nach dem Grundsatz „Humanität und Ordnung“.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Bundesregierung endlich ihre Blockadehaltung aufgibt, ihrer Verantwortung gerecht wird und eine Grundlage für die bundesweite Einführung einer umfassenden Bezahlkarte schafft.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den erweiterten rechtlichen Rahmen für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber nach § 5 AsylbLG auszuschöpfen und die Anzahl von Arbeitsgelegenheiten in Bayern gemeinsam mit den Kommunen insgesamt auszubauen.

Der Landtag sieht jetzt den Bund gefordert, endlich eine echte Asylwende zu schaffen und die Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen. Dazu bedarf es wirksamer Maßnahmen wie z. B. den Abschluss von deutlich mehr Rückführungsabkommen oder die Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Die Zeit der Worte und vertaner Chancen auf Migrationsgipfeln ist vorbei.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Karl Straub

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Johannes Becher

Abg. Gülsären Demirel

Abg. Richard Graupner

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Martin Scharf

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),

**Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayern zeigt, wie es geht - Einführung der Bezahlkarte und Schaffung von
Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber (Drs. 19/769)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher,
Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Pakt für Ausbildung und Arbeit - Staatsregierung muss wirtschaftsfeindliche
Haltung aufgeben (Drs. 19/778)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Karl Straub das Wort.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin meiner Fraktion sehr dankbar, dass sie diesen Antrag heute eingebracht hat. Es geht um die Bezahlkarte und um die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Asylbewerber. Ich darf seit einigen Monaten sehr intensiv durch das Land fahren und mit allen Akteuren im Bereich Asyl sprechen. Ich darf Ihnen eines sagen: Alles, was die Akzeptanz in der Bevölkerung steigert, stärkt am Ende die Integration von Flüchtenden. Mit diesem Antrag tun wir dies absolut.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

An die Ampelkoalition gerichtet: Es ist ein völliger Irrglaube, durch die Blockierung regulierender Maßnahmen eine humane Flüchtlingspolitik zu betreiben. Die momentane Flüchtlingspolitik der Ampel ist nicht human, sondern inhuman. Es ist absolut inhuman,

weiterhin Flüchtende ins Land zu lassen, obwohl keine Akzeptanz der Bevölkerung mehr vorhanden ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wie ist vor einigen Monaten geschimpft worden, dass Bayern hier einen Sonderweg geht! Sollen wir auf den Bund warten? Wenn man auf den Bund wartet, wird man immer wieder enttäuscht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Kabinett ist beschlossen worden, die Bezahlkarte einzuführen, und es ist wie in allen Politikbereichen auch: Die GRÜNEN blockieren diese Maßnahmen wieder. Deswegen ist es sehr gut, dass wir hier vorangegangen sind, um gute Lösungen zu finden. Wir sind das erste Flächenland, das die Bezahlkarte einführt. Hier gilt ein ausdrücklicher Dank den Kommunen, den Landkreisen Fürstenfeldbruck, Günzburg und Traunstein sowie der Stadt Straubing, die mit uns hier Hand in Hand gehen und diese Bezahlkarte einführen. Danach wird die Einführung flächendeckend – vermutlich bis zum Ende des zweiten Quartals – über ganz Bayern erfolgen. Bayern ist hier wieder einmal Spitzenreiter. Seit dem Beschluss im Kabinett sind vier Monate vergangen. Ich möchte einen herzlichen Dank an unseren Innenminister Joachim Herrmann richten, aber insbesondere auch an unseren Staatssekretär Sandro Kirchner, der das vorangetrieben hat und exzellent in diesem Bereich gearbeitet hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es zeigt sich, dass der Freistaat Bayern den Willen zu Lösungen und den Willen zu Regulierungen hat. Wir machen das, was Bayern machen kann. Wir warten weiterhin auf den Bund – das habe ich angesprochen. Das ist im Sinne von Akzeptanz und Integration der absolut richtige Weg.

Was beinhaltet die Bezahlkarte im Einzelnen? – Es handelt sich um eine ganz normale Geldkarte, wie sie jeder andere von uns auch benutzt, sogar überwiegend benutzt.

Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, aber man braucht im alltäglichen Leben so gut wie kein Bargeld mehr. Genau die gleiche Möglichkeit haben die Geflüchteten auch. Die maximale Bargeldabhebung ist auf 50 Euro beschränkt. Die Karte ist regional beschränkt. Einzelne Warengruppen sind nicht ausgenommen. Das ist nicht möglich. Ich finde das auch richtig. Es wäre nicht richtig gewesen, Alkohol und Zigaretten auszunehmen. Das wäre der falsche Weg gewesen. Ich denke, wenn man einmal wie ich Raucher war, dann ist es schwierig, sich über eine Bezahlkarte das Rauchen abzugeßen. Ich hätte mir gewünscht, dass es so einfach wäre, aber das ist nicht der Fall. Wer rauchen will, darf auch weiterhin rauchen.

Die Ausgabe der Bezahlkarte erfolgt durch die Landratsämter und kreisfreien Städte. Auch das 49-Euro-Ticket kann man mit der Bezahlkarte kaufen, darüber ist viel diskutiert worden. Das muss allerdings von den Landratsämtern und den kreisfreien Städten freigegeben werden. Der Freistaat Bayern belastet die Kommunen nicht. Der Freistaat Bayern bezahlt die Bezahlkarte komplett. Der Freistaat zeigt wieder Herz und Verantwortung für die Menschen, die unseren Schutz benötigen. Das soziale Schutzniveau wird nicht angetastet. Aber eines ist wichtig: Es war ein großes Bedürfnis, dass die Gelder nicht ins Ausland gehen, wenn Menschen von unserem Sozialsystem profitieren. Das ist ein wesentlicher Punkt. Das wird Fluchtanreize und die Schlepperkriminalität in Zukunft verhindern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte eine ganz herausragende Dame aus Augsburg erwähnen, aber sie nicht namentlich nennen, weil ich befürchte, dass ihr das vielleicht gar nicht recht wäre. Sie hat vielen Geflüchteten in die Ausbildung geholfen. Sie ist nicht dafür bekannt, mit uns befreundet zu sein. Sie hat gesagt: "Die Bezahlkarte ist überhaupt kein Problem. Wer bei uns Schutz sucht, ist mit der Bezahlkarte genauso gut aufgehoben wie mit Bargeld."

Zweiter Punkt. Dieser Punkt ist mir besonders wichtig. Wir wollen die ehrenamtliche Arbeit für Flüchtlinge ausweiten. Wie bereits erwähnt, bin ich viel im Land unterwegs. Es gibt ein großes Vorurteil, dass Geflüchtete nicht arbeiten wollen. Ich bin einer anderen Überzeugung. In den Anker-Zentren wird bereits ehrenamtliche Arbeit angeboten. Es werden 80-Cent-Jobs angeboten. Diese sind immer rasend schnell vergeben. Die Leute wollen arbeiten. Das führt die Leute in eine sinnstiftende Tätigkeit. Das wird zu einer Chance für Menschen, die länger da sind. Ich durfte jahrelang im Petitionsausschuss mitarbeiten. Wenn sich Geflüchtete jahrelang ehrenamtlich engagiert haben, dann ist das durchaus ein Pluspunkt in einer gelingenden Integration.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Es wird ein Beitrag zum Gemeinwesen geleistet. Es ist vor allem auch wichtig, dass es keine regulären Arbeitsplätze sind. Wir schaffen also keinen neuen Billiglohnsektor, sondern die Arbeitsplätze befinden sich im gemeinnützigen Bereich. Ich möchte noch eines erwähnen: Überall, wo man hinkommt – diese Erfahrung werden Sie auch machen –, fordern die Leute, dass die Geflüchteten doch bitte arbeiten sollen. Ich bin der Überzeugung, dass sie arbeiten wollen. Die Bevölkerung wird sehen, dass die Geflüchteten arbeiten, und das wird deren Akzeptanz enorm erhöhen. Vor allem wird das die AfD schwächen, und das freut mich ganz besonders.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Eines gehört zum Schluss auch noch gesagt: Ich möchte kein Ampel-Bashing betreiben, aber ich bitte darum, dass Sie endlich vernünftig werden. Wir brauchen deutlich mehr Rückführungsabkommen. Ich weiß, dass das nicht ganz einfach ist. Bitte bemühen Sie sich darum, dass wir Rückführungsabkommen bekommen und dass die Liste der sicheren Herkunftsstaaten erweitert wird. Es gibt überhaupt kein Verständnis mehr dafür, dass das Urlaubsland Tunesien nicht auf die Liste gesetzt wird. Wir haben letztes Mal über das Anker-Zentrum Regensburg diskutiert. Die allermeisten Tunesier sind bestimmt anständige Leute, aber leider Gottes sind es viele von denen, die zu uns

kommen, nicht. Das ist nicht diskriminierend. Bitte geben Sie uns die Möglichkeit, dass wir in diese Länder zurückführen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben einige Bundesratsinitiativen gestartet. Hier ein herzlicher Dank an die Staatsregierung. Wir wollen eine Reform des Asylrechts und Zurückweisungen an der Binnengrenze. Es wird immer wieder darüber diskutiert, ob das geht oder nicht. Offensichtlich geht es. Es wird seit Monaten zurückgewiesen. Weiter haben wir einen Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren eingereicht. Wir fordern, wie bereits angesprochen, weitere Staaten als sichere Herkunftsstaaten einzuordnen. Wir brauchen zentrale Bundesausreisezentren an den großen Flughäfen. Wir brauchen endlich ein großes Handlungspaket der Bundesregierung. Ich sage das nicht in einer abwehrenden Haltung. Wir brauchen das für die Geflüchteten, die bereits im Land sind, um deren Akzeptanz weiter und wieder zu erhöhen. Ich sage es zum Schluss noch einmal: Das ist auch eminent wichtig, um die AfD wieder kleiner zu bekommen.

Abschließend möchte ich zu Frau Demirel von den GRÜNEN eines sagen: Sie haben einen Antrag eingereicht. Vielleicht können wir uns in ferner Zukunft darüber unterhalten. Aber die Bundesregierung muss endlich handeln, sonst brauchen wir über Arbeit für Menschen im Asylverfahren gar nicht zu sprechen. Ich bin grundsätzlich dafür, dass die Leute arbeiten. Dafür haben wir jetzt eine Möglichkeit geschaffen. Vielleicht kommt irgendwann der nächste Schritt, wenn die Bundesregierung endlich gehandelt hat. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Straub. Bleiben Sie bitte noch am Mikrofon. – Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Johannes Becher für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Johannes Becher (GRÜNE): Herr Kollege Straub, ich hätte detaillierte Nachfragen zur bayerischen Bezahlkarte: Erstens. Sie kommen ja auch aus einer ländlichen Gegend. Ich gebe Ihnen recht, in München kann man fast alles mit Karte bezahlen. Ich bin einmal ganz gezielt durch meine Heimatstadt gelaufen: Eisdiele? – Nur Bargeld, Bäcker? – Ab 10 Euro Kartenzahlung. Freibad? – Nur Barzahlung. Meine Stammkneipe? – Nur Barzahlung. Das sind schon ganz schön viele Bereiche, in denen nur Barzahlung möglich ist, dann sind die 50 Euro Bargeld relativ schnell aufgebraucht. Wie kommt man auf diese Grenze? Ist dieser Betrag für ländliche Gegenden, in denen oftmals nur Barzahlung möglich ist, nicht viel zu gering?

Zweitens. Mich würde die regionale Begrenzung interessieren. Wie groß ist der Bereich? Gilt das nur in der einen Kommune, in einem Landkreis oder in einem Regierungsbezirk? Was ist vorgesehen? Ist das nicht eigentlich eine Art Residenzpflicht durch die Hintertür, die man über diese Bezahlkarte wieder einführt?

Drittens. Die Frage der Bürokratie. Man kann eigene Überweisungen an den Anwalt, an den Verein usw. oder auch Postleitzahl-Erweiterungen, wenn man nach Berlin in die Botschaft fährt, freischalten lassen. Das bedeutet aber lauter Einzeltermine im Ausländeramt, die dann wieder gemacht werden müssen. Ist es nicht so, dass man das, was man sich auf der einen Seite durch die automatische Auszahlung spart, auf der anderen Seite durch die ganzen individuellen Freigaben an Bürokratie wieder aufbaut?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Becher.

Karl Straub (CSU): Erstens. Ich komme auch aus dem ländlichen Raum. Bei uns kann man überall mit Karte bezahlen, auch kleinere Beträge.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ihre Kneipe würde mich sehr interessieren, die scheint sehr cool zu sein, aber bei mir kann man überall mit der Bezahlkarte bezahlen.

Zweitens. Es wird ein Bargeldbetrag von 50 Euro ausbezahlt.

Drittens. Wir sind jetzt in einer Pilotphase. Das bedeutet, dass wir das System in drei Landkreisen und in einer Stadt testen.

Viertens. Ich finde eine gewisse Residenzpflicht, die mit dieser Karte verbunden ist, nicht schlecht. Die finde ich durchaus begrüßenswert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sehr geschätzter Kollege Becher, eines noch: Sie hatten den Verwaltungsaufwand angesprochen. Ich glaube, dass es ein Zeichen an die Bevölkerung ist. Auch die Erweiterung der ehrenamtlichen Arbeit bringt einen gewissen Verwaltungsaufwand mit sich. Ich bin den Kommunen äußerst dankbar, dass sie das über die Fläche hinweg machen. Das bekomme ich mit. Es handelt sich um einen Verwaltungsaufwand, aber unsere Bevölkerung will das. Es ist eminent wichtig, dass wir so handeln, auch für die Akzeptanz der Geflüchteten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Straub. – Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gülseren Demirel für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Straub, ja, es war spannend, Ihnen zuzuhören. Es war vor allem deshalb spannend, Ihnen zuzuhören, weil ich ein Interview mit Ihnen gelesen habe, in dem Sie dafür plädiert haben, bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse endlich zu entbürokratisieren. Ich dachte: Toll, der Integrationsbeauftragte packt jetzt ein Thema an, bei dem wir schon seit vielen Jahren Kritik üben und wo wir beschleunigen wollen. Aber heute bringen Sie hier einen Dringlichkeitsantrag ein, in dem davon überhaupt kein Wort steht. Ich weiß nicht, ob dieses Vorgehen Ihre Versprechen glaubwürdig macht. Das möchte ich an dieser Stelle einmal festhalten.

Sie legen einen Dringlichkeitsantrag vor und sagen: Wir haben es geschafft, alle Geflüchteten in Arbeit zu bringen, und zwar in eine ehrenamtliche gemeinnützige Arbeit. Diesem Ziel kann man eigentlich nichts entgegnen; denn gemeinnützige Arbeit ist etwas Sinnvolles. Für Hunderte von Geflüchteten, die Sie ja auch antreffen, ist das Thema Arbeit relevant. Die Abgeordnetenbüros werden wegen zig Einzelfällen kontaktiert. Im Petitionsausschuss, dem ich vorsitze, sagen viele Menschen: Ich will eine Ausbildung machen. Ich will arbeiten. Ich will den Lebensunterhalt für meine Familie selbst verdienen. – In vielen Fällen bekommen sie aber keine Arbeitserlaubnis oder die bereits erteilte Arbeitserlaubnis wird wieder entzogen. Heute stellen Sie sich hier ans Rednerpult und sagen: Die Geflüchteten müssen beweisen, dass sie arbeiten wollen und können, und dann bekommen sie für gemeinnützige Arbeit 80 Cent pro Stunde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist purer Zynismus.

Sehen Sie mir nach, dass ich sage: Die Realitäten haben Sie noch nicht erreicht. Die Kammern, inklusive der Handwerkskammer sowie der Industrie- und Handelskammer, die nicht dafür bekannt sind, dass sie grüne Netzwerke unterstützen oder Unterstützer der GRÜNEN sind, sagen wie auch die Wirtschaft überall: Wir brauchen die Menschen nicht nur als Fachkräfte, sondern wir brauchen die Menschen auch als Arbeitskräfte.

Was aber ist die Antwort der Staatsregierung? – Sie stellt weiterhin keine Arbeitserlaubnis aus; aber man will den Bürgerinnen und Bürgern zeigen, dass die Geflüchteten arbeiten müssen. Dann sollen sie irgendwelche unsinnigen und erfundenen Arbeiten verrichten, obwohl im nächsten Unternehmen zig Arbeitskräfte gebraucht werden. Zugleich wird diesen Menschen nicht erlaubt zu arbeiten. Können Sie mir Ihre Logik bitte erklären? Das hat nichts mit gesundem Menschenverstand zu tun – und schon gar nicht mit einer Zukunftsplanung, die im Interesse unserer Volkswirtschaft und Wirtschaft ist. Ich bin fest der Meinung, dass Sie gegen unsere eigenen Interessen arbeiten, weil Sie ideologisch unterwegs sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das andere ist: 65 % der Geflüchteten in Bayern sind zwischen 25 und 45 Jahren alt. Sie sind im produktivsten Alter. Sie sind aber den ganzen Tag lang in den Unterkünften zum Nichtstun verdammt. Hören Sie daher bitte auf, Symbolpolitik zu betreiben. Die Geschichte hat uns gelehrt: Den Rechten nach dem Mund zu reden, heißt nicht, dass man die Stimmen bekommt; die Leute wählen das Original. Machen Sie vernünftige Politik. Geben Sie den Menschen eine Chance. Geben Sie der Wirtschaft die Chance, damit alle profitieren.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Demirel, bleiben Sie bitte am Mikrofon. Von Herrn Kollegen Straub von der CSU-Fraktion liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor.

Karl Straub (CSU): Frau Kollegin Demirel, erstens war das ein Radiointerview von mir. Ich frage Sie, ob Sie mein Interview komplett gehört haben? Ich habe nämlich explizit über ukrainische Flüchtlinge geredet. Sie haben eine Arbeitserlaubnis. Ich habe mich zu einer schnelleren Berufsanerkennung geäußert. Das hat nichts mit dem heutigen Thema zu tun. Haben Sie das komplett angehört? Ich muss das als Frage formulieren. Ich gehe davon aus, Sie haben es nicht bis zum Ende gehört.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Doch, habe ich. Ja.

Karl Straub (CSU): Zweitens, zur Arbeit: Wissen Sie, wer festlegt, wann man arbeiten darf? Ist das nicht der Bundesgesetzgeber? Sind die GRÜNEN denn nicht in der Bundesregierung? Müssten Sie es nicht selber regeln?

(Beifall bei der CSU)

Drittens, zu den 80 Cent: Sie wissen hoffentlich schon, dass vor diesen 80 Cent erhebliche Leistungen des Staates stehen und dass man diese in die Arbeitsleistung einrechnen muss. Die Unterkunft wird bezahlt, es werden Leistungen bezahlt. Die 80 Cent sind lediglich eine Zuverdienstmöglichkeit. Ich habe sehr deutlich gesagt: Die

Leute wollen das auch so, weil sie sich in die Gesellschaft einbringen wollen. Haben Sie das durch Ihre ideologische Brille auch schon mal so gesehen?

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Gülseren Demirel (GRÜNE): Genießen Sie den Beifall. In Ihrer Fraktion ist ja Ampel-Bashing ein Akzeptanzritual geworden.

(Zurufe von der CSU – Unruhe)

Ich habe jetzt nicht mehr so viel Zeit. Ich muss schnell antworten.

Punkt eins. Die Entbürokratisierung bei Anerkennung betrifft natürlich auch Geflüchtete aus der Ukraine. Wir erleben gerade, dass viele sehr lange nicht wissen oder gar nicht wissen, wo sie sich hinwenden sollen, oder lange warten müssen.

Punkt zwei. Die Ampel hat ihre Hausaufgaben gemacht. Die Bundesregierung hat beschlossen, dass die Geflüchteten nicht erst ab dem 6. Monat, sondern schon ab dem 3. Monat arbeiten dürfen. Wir müssen diese Vorgabe des Bundes in Bayern umsetzen. Dabei zeige ich bewusst in Richtung des Innenministeriums.

Punkt drei. Jeder, der in einer Unterkunft wohnt und Verpflegung bekommt, erhält monatlich 183 Euro Sozialhilfe. Kollege Straub, ich kenne mich gut aus. Machen Sie sich keine Sorgen. Wenn jemand nicht arbeiten will und stattdessen gemeinnützig arbeitet, dann ist das vollkommen in Ordnung. Aber Sie lassen keine Wahlfreiheit. Das ist unser Kritikpunkt. Sie lenken die Leute von vornherein in eine Richtung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner ist Herr Abgeordneter Graupner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Spät kommt ihr, aber immerhin, ihr kommt! So möchte man ausrufen, wenn man sich das Agieren der Staatsregierung in Sachen Bezahlkarte anschaut. Um das vorwegzunehmen: Wenn auch zögerlich und bei Weitem nicht ausreichend wird wenigstens ein kleiner Schritt in die richtige Richtung getan. Dieser ist angesichts der katastrophalen Lage im Land auch nötig, so wie es bei uns aussieht.

Wir hatten in Bayern im letzten Jahr rund 50.000 Asylerstanträge. Das entspricht einem Anstieg von sage und schreibe 74 % gegenüber dem Vorjahr, als die Zahl ja ebenfalls vergleichsweise schon sehr hoch war.

Bayern ist mit Illegalen überfüllt. Die Kommunen und die Bürger sind mit ihren Kapazitäten und ihrer Geduld am Ende. Die Bezahlkarte wird die gröbsten und dreisten Abzockmethoden mit Sicherheit etwas eindämmen. Dass sie ihre Wirkung entfaltet, sehen wir am Beispiel Thüringen. Dort packte gleich nach Einführung der Bezahlkarte in den entsprechenden Modellregionen einen erquicklichen Anteil der so "dringend Schutzbedürftigen" eine wundersame Reiselust und Wanderleidenschaft.

Die Anreize zur massenhaften Einwanderung in unsere Sozialsysteme bekämpft man nicht allein mit einer Bezahlkarte. Wir brauchen einen umfassenden und grundlegenden Strategiewechsel in der Migrationspolitik. Wir brauchen perspektivisch eine vollständige Umstellung von Geld- auf Sachleistungen.

(Beifall bei der AfD)

Alkohol und Zigaretten sind mit der Bezahlkarte erhältlich, sollten aber nicht erhältlich sein. Wer wirklich schutzbedürftig ist, wird auch nur die Grundversorgung zu schätzen wissen und sie dankbar in Anspruch nehmen. Diesen, und zwar nur diesen Menschen, sind wir verpflichtet zu helfen. Das ist die klassische Position der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Wir dürfen uns nicht mehr mit halben Sachen zufriedengeben; denn ein Ende des Migrationsdrucks ist eben nicht in Sicht. Gerade droht sich wieder ein neues Einfallstor zu öffnen, wenn ab 1. April die Kontrollen für Einreisen per Flugzeug aus Bulgarien und Rumänien wegfallen. Wir müssen damit rechnen, dass dieses neue Schlupfloch nicht nur Sozialleistungsabkassierer, sondern zum Beispiel auch Islamisten und Terroristen nutzen werden. Sicherheitsbehörden und Polizeigewerkschaft warnen bereits jetzt vor diesem Szenario.

Illegaler Einwanderung gefährdet eben nicht nur unseren Wohlstand, sondern auch die innere Sicherheit eklatant. Darum an dieser Stelle auch noch ein Wort an den Herrn Innenminister: Es ist erfreulich, dass Sie darauf am Montag bei der Vorstellung der neuen Kriminalstatistik verwiesen haben. Noch im letzten Jahr haben Sie den Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Kriminalitätsbelastung zumindest in Frage gestellt. Wer anderes behauptet hat, galt schnell mindestens als Populist, wenn nicht gar als Extremist.

Man fragt sich, was in diesem einen letzten Jahr denn passiert ist? – Ist unser Innenminister jetzt zum Extremisten geworden? Oder haben wir im letzten Jahr etwa deutlich kriminellere Zuwanderer bekommen als in den Jahren zuvor? – Wohl kaum, wird man in beiden Fällen sagen müssen.

Was sich geändert hat, sind die Zustimmungswerte für die AfD beim deutschen Wahlvolk. In Sachsen etwa stellen wir nach den jüngsten Erhebungen mit 34 % deutlich die stärkste Kraft. Unsere Stärke bringt die Scheinkonservativen erst unter Zugzwang. Gut also, dass es die AfD gibt.

(Beifall bei der AfD)

Denn sonst säße doch der CSU nicht die Angst im Nacken. Sie wären heute vielleicht immer noch auf Kuschelkurs mit den GRÜNEN.

Herr Kollege Straub, wo sitzen Sie denn? – Ich muss Ihnen widersprechen. Die Bezahlkarte wird keine schwache AfD zur Folge haben. Genau das Gegenteil wird der Fall sein, weil der Bürger draußen erkennt: Eine starke AfD zwingt Sie zum Handeln, und wir treiben Sie vor uns her.

(Beifall bei der AfD)

Ich lese in Ihrem Antrag, Sie wollten eine echte Asylwende. Die können Sie haben. Sie werden dann aber nicht umhinkönnen, Ihre mühsam zusammengeschusterte Brandmauer wieder zum Einsturz zu bringen. Diese steht Ihrem Wendemanöver nämlich massiv im Wege. Eine wirkliche Asylwende gibt es in Deutschland nur mit der AfD.

(Beifall bei der AfD – Martin Wagle (CSU): Oje!)

Meine Fraktion wird sich zum Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER der Stimme enthalten. Er geht zwar in die richtige Richtung, ist aber angesichts des Ernstes der Lage einfach zu hasenfüßig. Wir brauchen nicht nur zögerliche Korrekturen von ein paar Grad Steuerbord, wir brauchen in der Migrationspolitik die 180-Grad-Wende. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER steht: Der Landtag begrüßt, dass der Freistaat Bayern als erstes Flächenland in Deutschland im März mit der Einführung der Bezahlkarte beginnt. – Die Antragsteller wollen damit sagen, dass Hamburg schneller war, dass Hamburg und nicht Bayern das erste Bundesland ist, das die Bezahlkarte eingeführt hat.

Ich gebe offen zu: Ich bin kein Freund dieser Bezahlkarte. Ich meine damit nicht die Probleme, die auf uns zukommen werden. Kollege Straub hat das auch angesprochen. Was passiert beispielsweise, wenn der Bäcker, die Kartenzahlung erst ab 10 Euro akzeptiert? Was passiert beispielsweise mit denjenigen, die kleine Kinder haben? Vielleicht kann der Herr Minister darauf eine Antwort geben. Wie ist das, wenn jemand drei Kinder unter 14 Jahren hat? Bekommt man für diese Kinder Geldleistungen, oder werden die auf die Karte gutgeschrieben? Laufen die auf die Karte der Mutter, auf die Karte des Vaters? – Keine Ahnung, das sind alles Probleme, die, glaube ich, zu lösen sind. Ich glaube auch, dass diese Probleme auf uns zukommen werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe aber ein Problem mit dieser Bezahlkarte: dass man so tut, als würde eine Bezahlkarte dafür sorgen, dass keine Geflüchteten mehr zu uns kommen. Oder umgekehrt: Die Geldleistungen, die Geflüchtete bekommen, sorgen dafür, dass die Menschen reihenweise nach Deutschland kommen. Das wird immer wieder suggeriert.

Noch gefährlicher und mutiger finde ich zu sagen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sorgen dafür, dass Schleuser bezahlt werden und mehr Schleuserkriminalität stattfindet. Mir fehlt die Fantasie, wie man tatsächlich mit 312 bis 500 Euro Bargeld im Monat Schleuser bezahlen kann.

Ich denke, der Herr Minister wird uns heute in einer wie immer guten Verfassung und in einer brillanten Rede Zahlen vorlegen. Er wird sagen, dass es Rücküberweisungen ins Ausland gibt und dass letztes Jahr beispielsweise 843 Millionen Euro rücküberwiesen wurden, indem Privatpersonen, die in Deutschland leben, Geld in ihre erste Heimat überwiesen haben, unabhängig davon, welchen Status sie haben, ob sie Arbeitskräfte, Arbeitsmigranten oder – so wie ich – jetzt in zweiter oder dritter Generation Gastarbeiter sind.

Ich habe bei dem schrecklichen Erdbeben in der Türkei im letzten Jahr Geld in die Türkei überwiesen an Angehörige und Freunde. Dieses Geld werden Sie dann bei den

843 Millionen Euro, die an die Türkei zurücküberwiesen worden sind – der Begriff ist auch falsch –, finden. Ähnlich ist es bei vielen syrischen Migrantinnen und Migranten, die hier schon lange leben, einer Arbeit nachgehen und ihre Angehörigen unterstützt haben.

Das bedeutet: Die Deutsche Bundesbank hat deutlich gemacht, dass diese sogenannten Rücküberweisungen überhaupt keine Schlüsse darüber zulassen, ob tatsächlich Sozialleistungen oder Arbeitslöhne rücküberwiesen werden. Das ist der Punkt, der mich an dieser Diskussion tatsächlich stört.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich habe wenig Redezeit. Ich möchte abschließend sagen: Ich habe auch Zeiten erlebt, wo es in Asylbewerberheimen zweimal pro Woche Essenspaket gab. Auch in dieser Zeit war die Stimmung schon so, dass man gesagt hat, es seien zu viele Asylbewerber in Deutschland. Das heißt, diese Diskussion kriegen wir auch mit der Geldkarte nicht weg.

Ich gebe dem Kollegen Straub absolut recht, wenn er sagt, das ist ein Bürokratemonster und wird uns auch sehr viel Geld kosten. Ich gebe ihm aber nicht recht, wenn er sagt, die Bevölkerung will das aber. – Nein, die Bevölkerung will das nicht.

(Lachen bei der AfD)

Die Bevölkerung will Effektivität und dass das Geld richtig und nicht für irgendwelche bürokratischen Monster ausgegeben wird. – Danke.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen. – Nächster Redner ist Herr Kollege Martin Scharf für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Martin Scharf (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Graupner! Die Brandmauer wird nie fallen. Das verspreche ich Ihnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Lachen bei der AfD – Martin Böhm (AfD): Die ist schon längst gefallen! – Richard Graupner (AfD): Wer fragt die FREIEN WÄHLER?)

Ich will bei Ihnen im Nachfolgenden um die schnelle Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie um eine echte Asylwende werben.

Der Dringlichkeitsantrag ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Ich verstehe in diesem Zusammenhang die Haltung der Regierungsparteien in Berlin nicht. Nach erfolgter Einigung wurde – bzw. wird – wieder nachtarockt, nachgekartelt. Liebe Kolleginnen und Kollegen zu meiner Linken, wirken Sie auf Ihre Kolleginnen und Kollegen in Berlin dahin gehend ein, dass die bundesweite Einführung einer Bezahlkarte schnellstens erfolgen wird.

Auf die Gründe, die für die Einführung einer Bezahlkarte sprechen, müsste ich eigentlich nicht eingehen. Sie ist ja beschlossen. Lassen Sie mich allerdings in Kürze doch einige wichtige Gründe darlegen.

Sie ist ein wichtiger Bestandteil, um finanzielle Transaktionen in die Herkunftsländer zu erschweren. Die Karte stellt sicher, dass die Leistungen den Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zugutekommen. Die Bezahlkarte ist ein Baustein einer Asylpolitik nach dem Grundsatz Humanität und Ordnung.

Bayern wird noch in diesem Monat als erstes Flächenland in Deutschland mit der Einführung der Bezahlkarte beginnen. Wir zeigen damit, dass Bayern bereit ist, Verantwortung zu übernehmen und innovative Lösungen einzusetzen.

(Arif Taşdelen (SPD): Hamburg war schneller!)

– "Flächenland" habe ich gesagt.

(Arif Taşdelen (SPD): Aber trotzdem!)

Ein weiterer Baustein besteht darin, den rechtlichen Rahmen für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber voll auszuschöpfen. Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten ist nicht nur ein Mittel zur Integration, sondern trägt auch zur Stärkung des Gemeinwesens bei. In etlichen Fällen kann das auch zur Strukturierung des Tagesablaufs beitragen.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Wieso lasst ihr sie nicht arbeiten?)

– Frau Kollegin, wir sprechen heute von diesen Arbeitsleistungen. – Darum wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Anzahl dieser Arbeitsgelegenheiten in Bayern stark ausbauen. Eine echte Asylwende erfordert mehr als die genannten Maßnahmen. Wir brauchen eine bessere Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Ich will für meine Fraktion unmissverständlich sagen, dass Flüchtlinge, die in ihren Herkunftsländern verfolgt werden, in unserem Land immer Zuflucht finden werden. Das ist unsere humanitäre Verpflichtung. Dazu gehören die im Dringlichkeitsantrag genannten Maßnahmen. Die Fachpolitiker der FREIE-WÄHLER-Landtagsfraktion waren kürzlich beim Bayerischen Landesamt für Asyl und Rückführungen. Dort haben wir unter anderem konkret über Möglichkeiten gesprochen, wie wir uns gegenüber Staaten verhalten sollten, die sich weigern, ihre Staatsangehörigen zurückzunehmen. Die Möglichkeiten reichen von der Einstellung von Förderungen über die Inaussichtstellung von Hilfen bis zu Sanktionen. – Kurz und knapp: Ja zum Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Scharf. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen im Bayerischen Landtag! Bayern zeigt mit der Bezahl-

karte, wie es geht, sowohl im Hinblick auf die Einführung als auch im Hinblick auf die Schaffung von gemeinnützigen Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber. Bayern hat gestern als erstes Flächenland die Bezahlkarte für Asylbewerber eingeführt. Schon heute werden die ersten Bezahlkarten an die Leistungsberechtigten in den Landkreisen Fürstenfeldbruck, Traunstein und Günzburg sowie in der kreisfreien Stadt Straubing ausgegeben. Richtig ist, dass der Stadtstaat Hamburg in der Tat noch ein bisschen schneller dran war. Bei Ihren Äußerungen, Herr Kollege Taşdelen, habe ich allerdings bemerkt, dass Sie sich selber nicht recht entscheiden konnten, ob Sie hier erklären sollten, dass Sie stolz darauf sind, dass Hamburg schneller war als Bayern,

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

obwohl Sie das eigentlich überhaupt nicht wollen und eigentlich auch gegen die Regelung in Hamburg sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Arif Taşdelen (SPD): Das ist manchmal so im Leben! – Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Ich bin mit dem Kollegen Innensenator von Hamburg Andy Grote in gutem Kontakt, und ich werde ihm mitteilen, was hier im Bayerischen Landtag vonseiten der SPD-Kollegen und der grünen Kollegen alles gegen diese Bezahlkarte gesagt worden ist, die wohlgemerkt von einem rot-grünen Senat mit Zustimmung der Hamburger Bürgerschaft in Hamburg eingeführt worden ist.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Diese Art der Darstellung hier ist schon bemerkenswert.

Es geht darum, dass wir irreguläre Migration eindämmen und unsere Kommunen ein Stück weit entlasten, aber vor allen Dingen diese De-facto-Querfinanzierung von illegalen Schleuserbanden international eindämmen; denn es gibt zahlreiche Berichte, die feststellen, dass – obwohl der Flüchtlingsrat immer wieder behauptet, die Leistun-

gen an die Asylbewerber seien viel zu gering – genau von diesen Asylbewerbern jeden Monat gigantische Summen in ihre Heimatländer transferiert werden, weil damit im Nachhinein Kredite für die großen Beträge, die für die Flucht aufgenommen werden mussten, für die Schleuserorganisationen und dergleichen, abfinanziert werden und den Daheimgebliebenen entsprechend Unterstützung zukommt.

In den Einschätzungen ist unterschiedlich, um wie viele Hundert Millionen Euro es geht, je nach dem einzelnen Land. Inwieweit da differenziert wird zwischen den anerkannten Asylbewerbern und den noch nicht anerkannten usw. lasse ich mal dahingestellt. Aber um mal die Dimension deutlich zu machen: Die Deutsche Bundesbank spricht davon, dass die Transfers in diesem Kontext im vergangenen Jahr ein Volumen von 7 Milliarden Euro hatten. Die Weltbank würde es eher doppelt so hoch, in der Größenordnung von 15 Milliarden Euro, einschätzen. Das sind Beträge, die in diesem Kontext allein von Deutschland in die Herkunftsländer transferiert worden sind. Da mögen noch die einen oder anderen dabei sein, die da vielleicht nicht reingehören. Da gibt es keine so messerscharfen Definitionen. Aber wohlgernekt: Dass die Deutsche Bundesbank und die Weltbank von solchen Größenordnungen reden, sollte jeden zum Nachdenken bringen. Das ist die eigentliche Finanzierungsgrundlage für diese kriminellen Schleuserbanden, meine Damen und Herren. Denen müssen wir zu Leibe rücken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nachdem neben einigen weniger hilfreichen Beiträgen auch die konkrete Frage hinsichtlich der Kinder gestellt worden ist, will ich darauf ausdrücklich hinweisen: Ja, die Karte erhalten die Erwachsenen. Wenn jemand Kinder hat, bekommt er neben den 50 Euro Freibetrag, die an Bargeld mit der Karte abgehoben werden dürfen, für jedes Kind weitere 50 Euro auf der Karte freigeschaltet. Beantwortet das Ihre Frage, Herr Kollege Taşdelen? Das ist klar geregelt und wird jetzt in der Kodierung der Karten so dargelegt.

Wir brauchen darüber hinaus in der Tat auch ein Engagement für Arbeitsgelegenheiten für Asylbewerber. Das ist jetzt leichter geworden, weil es auf Wunsch der Ministerpräsidentenkonferenz eine Gesetzesänderung gab. Ausnahmsweise hat der Bundestag – sonst folgen die den Empfehlungen der Ministerpräsidentenkonferenz leider nicht so häufig – das tatsächlich umgesetzt. Da muss es jetzt nicht mehr "zusätzliche Arbeitsgelegenheiten" heißen, sondern von den Kommunen werden einfach Arbeitsgelegenheiten geschaffen. Dann kann die Arbeitsgelegenheit von Asylbewerbern wahrgenommen werden. Wir werden den Städten und Landkreisen in Bayern empfehlen, wie sie in diesen Bereichen jetzt wesentlich besser vorankommen können.

(Michael Hofmann (CSU): Sehr gut!)

Ich sage aber in Bezug auf das, was im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN im Hinblick auf die Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse alles dargestellt und behauptet wird: Es stimmt schlichtweg nicht, dass Beschäftigungserlaubnisse für Geflüchtete von den Ausländerbehörden reihenweise entzogen werden.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Ja, ist so!)

Sie sollten mal das Gesetz lesen. Die Fälle kommen in der Tat häufiger vor. Im gelgenden Bundesgesetz steht: Wenn jemand, was möglich ist, während des laufenden Asylbewerberverfahrens eine Arbeitserlaubnis bekommen hat, erlischt in dem Moment, in dem das BAMF – wohlgerne eine Bundesbehörde – einen negativen Bescheid erlässt und sagt, der Asylantrag wird abgelehnt, die Arbeitsgenehmigung kraft Bundesgesetz ohne irgendeine Entscheidung einer bayerischen Behörde.

(Michael Hofmann (CSU): Hört, hört!)

Sie kann dann unter Sonderbedingungen vielleicht extra wieder erteilt werden. Aber zunächst ist der Tatbestand: In dem Moment, in dem das BAMF eine negative Entscheidung über den Asylantrag fällt, erlischt kraft Gesetz unmittelbar die Arbeitserlaubnis. Trotz all dem, was diese "großartige" Koalition in Berlin in den letzten zwei Jahren

schon an den ganzen Ausländer- und Asylgesetzen rumgebastelt hat, hat sie an diesem Satz bis heute nichts geändert, Frau Kollegin.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Insofern bitte ich schon, nicht immer ausgerechnet meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorzuhalten, dass sie Bundesgesetz so vollziehen, wie es im Gesetz steht. Im Übrigen will ich darauf hinweisen – ich kann es bei jeder Debatte nur wieder sagen –: Auch nach den aktuellen Zahlen über den Arbeitsmarkt, die uns zuletzt Ende Februar von der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg unter Leitung von Frau Kollegin Nahles vorgelegt worden sind, hat der Freistaat Bayern die niedrigste Arbeitslosenquote von Ausländern. In jedem anderen Bundesland ist der Anteil der arbeitslosen ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger höher als bei uns. Sie erzählen alles Mögliche, was man da machen sollte, könnte oder müsste, aber überall, wo Sie regieren, sind mehr Ausländer arbeitslos als bei uns in Bayern, meine Damen und Herren. Das ist hier doch eine völlig absurde Veranstaltung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Im Hinblick darauf, wie wir Menschen in Arbeit bringen, will ich an dieser Stelle noch mal sagen, weil auch von den Ukrainern die Rede war: Wir haben von den in den letzten zwei Jahren nach Bayern gekommenen Ukrainerinnen und Ukrainern aktuell immerhin 20.000 in Beschäftigungsverhältnissen; aber wir haben daneben noch 60.000, die erwerbsfähig, aber Leistungsbezieher sind

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Hört, hört!)

und noch keinen Arbeitsplatz angenommen haben. Überall wird davon gesprochen, dass das wesentlich mit dem deutschen Bürgergeld zusammenhängt, das die alle alsbald bekommen. Die Koalition in Berlin hat entschieden, dass entgegen dem bis vor zwei Jahren geltenden Recht all diese ukrainischen Flüchtlinge das deutsche Bürgergeld bekommen. Wir haben sie hier wirklich gerne aufgenommen. Ohne Not wurde in

Berlin entschieden, dass die alle Bürgergeld bekommen und nicht die Asylbewerberleistungen, die etwas niedriger wären. Damit wird offensichtlich für sehr viele ein Anreiz geschaffen, längere Zeit in diesem Sozialleistungsbezug zu bleiben. Das ist das falsche Signal, kann ich Ihnen in dieser Hinsicht nur sagen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die dürften alle arbeiten.

Ich würde Ihnen dringend empfehlen, sich doch auch einmal damit zu beschäftigen, wie wir diese 60.000 Ukrainer, die sich in Bayern aufhalten und sicherlich gut ausgebildet sind, schneller in Arbeit bringen und sie dazu motivieren können. Da geht es auch um solche Dinge, wie vorhin angesprochen, dass Ausbildungszeugnisse schneller anerkannt werden, gar keine Frage. Es gibt aber zig Berufe, bei denen es auf diese Anerkennung überhaupt nicht ankommt. Überall werden in der Gastronomie dringend Leute gesucht. Für die Jobs, für die Personal gesucht wird, braucht man keinen Ausbildungsnachweis aus der Heimat; das Personal könnte morgen angestellt werden. Der Betroffene muss aber bereit sein, entsprechend mitzuarbeiten.

Wir wollen das gemeinsam voranbringen. Ich kann nur sagen: Diese Bezahlkarte ist kein Allheilmittel. Wir brauchen insgesamt eine Umsteuerung. Wir brauchen insgesamt eine deutlich klarere Begrenzung, wer in unser Land kommen kann. Wir müssen diejenigen, die einen Ablehnungsbescheid bekommen und die definitiv nicht auf Dauer hierbleiben können, wesentlich schneller in ihre Heimat zurückbringen. Bislang stehen die verstärkten Rückführungsbemühungen der Bundesregierung nur auf dem Wunschzettel. Im Koalitionsvertrag wurde das vor zweieinhalb Jahren angekündigt, bis heute ist de facto aber ziemlich wenig passiert. An all diesen Dingen muss diese Bundesregierung dringend weiterarbeiten. Aber wir werden das Unsere tun, um im Rahmen unseres Gestaltungsspielraums auf mehr Ordnung hinzuwirken und dafür zu sorgen, dass hier weniger Geld für die Finanzierung von Schleuserbanden missbraucht wird. Wir werden alles dafür tun, dass der Zugang von Flüchtlingen, vor allem derjenigen,

die wirklich Schutz brauchen und auf Dauer hierbleiben können, vernünftig abläuft. Wir müssen diejenigen, die das Asylrecht missbräuchlich in Anspruch nehmen, viel schneller in ihre Heimat zurückführen. Dafür werden wir uns auch weiterhin einsetzen. Das wird im Antrag der CSU und der FREIEN WÄHLER deutlich. Ich bitte dafür um Zustimmung. Den Antrag der GRÜNEN bitte ich abzulehnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor: die erste von Herrn Prof. Hahn aus der AfD-Fraktion.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Innenminister Herrmann von der CSU, ich habe eine Frage an Sie. Vorher möchte ich kurz etwas darlegen. Die CSU/CDU steht eigentlich für ein Weiter-so in der Asylpolitik. Den Schwarzen Peter schieben Sie jetzt immer weiter in Richtung Ampel. Ihre Bezahlkarte, über die wir heute sprechen, wird aber weder den Asylsog nach Deutschland noch den Missbrauch von Geldern in irgendeiner Art und Weise eindämmen. In Wirklichkeit wollen Sie – glaube ich zumindest – gar nichts ändern. Masseneinwanderung mit Anreiz auch weiterhin – im Januar, Februar, März dieses Jahres. Die von CSU und FREIEN WÄHLERN geführten Kommunen in ganz Bayern sind fleißig dabei, neue Asylbewerberheime zu bauen und die bestehenden zu erweitern, nämlich in Anbetracht der Tatsachen, die hier noch auf uns zurollen.

Sie sind mit Ihrer Bezahlkarte immer noch in der Testphase. Heute ist der erste Tag. In wenigen Tagen wissen wir vielleicht mehr. Heute wissen wir noch nicht viel.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Hahn, Ihre Redezeit ist zu Ende, vielen Dank.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Sie wissen noch nicht einmal, ob das Ganze funktioniert. Deshalb meine Frage: Wie können Sie eigentlich etwas von der Ampel verlangen, was

Sie selber noch gar nicht ausprobiert haben, und obwohl Sie gar nicht wissen, ob das umsetzbar ist?

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke schön. – Herr Staatsminister, bitte.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich verlange von der Ampel nicht, selbst eine Bezahlkarte einzuführen, weil der Bund nicht dafür zuständig ist. Ich erwarte vom Bund – dazu gibt es morgen einen Bundesratsantrag Bayerns –, dass die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass diese Bezahlkarten – entweder wie in Hamburg oder wie in Bayern – unzweifelhaft rechtmäßig und gut sind. Dafür haben wir die entsprechenden Anträge gestellt. Wir gehen davon aus, dass unsere Regelungen jedenfalls richtig sind.

Ich sage noch einmal: Wir wollen insgesamt eine Umsteuerung in der Asylpolitik, weil zu viele Menschen letztendlich ohne echten Anspruch auf Asyl in unser Land kommen. Wir müssen hier eine deutliche Umsteuerung erreichen. Ich sage Ihnen aber auch deutlich: Entschuldigung, wir können das nicht auf dem Rücken der einzelnen Menschen austragen, die schon in unserem Land sind. Wenn jemand schon da ist und die Rechtslage kraft Bundesrecht so ist, wie sie ist, dann lassen wir denjenigen nicht auf der Straße, nicht im Regen oder in der Kälte stehen. Für diejenigen, die da sind, müssen wir selbstverständlich eine vernünftige Unterkunft haben. Wir wollen diese ganze Politik auf Bundesebene ändern. Für die Menschen, die nach der bisherigen Rechtslage angekommen sind, müssen wir vernünftig sorgen. Das ist unser christliches Menschenbild, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir wollen aber diese Politik insgesamt korrigieren. Wir müssen da zu anderen Lösungen kommen.

Die Neuzugangszahlen haben sich in den letzten vier Monaten schon geändert, seit es die von uns lange geforderten strikteren Grenzkontrollen gibt, vor allem an den Grenzen zu Tschechien und Polen. Die Neuzugänge sind merklich zurückgegangen. Das ist zwar noch keine Patentlösung, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Wir haben das durchgesetzt, und mit unserer Bayerischen Grenzpolizei unterstützen wir die Arbeit der Bundespolizei bestmöglich. Dadurch haben wir dazu beigetragen, dass im vergangenen Jahr so viele kriminelle Schleuser wie schon lange nicht mehr an den Grenzen festgenommen werden konnten. Das zeigt: Diese Maßnahmen greifen. Das hat auch eine abschreckende Wirkung. Diese Schleuser muss man nämlich zur Rechenschaft ziehen. Genau in dieser Hinsicht arbeiten wir weiter. Insofern sind Ihre sonstigen Befürchtungen völlig fehl am Platz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die zweite Zwischenbemerkung kommt von Frau Kollegin Gülseren Demirel, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben gesagt, bei einem Entzug der Arbeitserlaubnis würde Bundesrecht vollzogen. Schauen wir aber einmal nach Baden-Württemberg. Bei Menschen, die dort Arbeit haben und selbst für ihren Unterhalt aufkommen, kann das Land Baden-Württemberg auch bei Vorliegen negativer Bescheide sehr wohl Duldungen aussprechen, damit die Leute weiterhin ihrer Arbeit nachgehen und so ihren Unterhalt verdienen können.

Sie zeigen immer in Richtung Berlin.

(Unruhe)

Viele Menschen haben den Eindruck, dass wir als Land überhaupt keine Gestaltungsspielräume haben. Das stimmt ja so nicht. Deshalb hat das bei mir Unverständnis hervorgerufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Sie haben das, mit Verlaub, entweder praktisch oder juristisch nicht ganz richtig verstanden haben. Sie haben hier behauptet, dass meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter solchen Personen reihenweise die Arbeitserlaubnis entziehen. Ich habe Ihnen gesagt, dass das nicht richtig ist; denn wenn ein negativer Asylbescheid ergeht, dann erlischt kraft Bundesgesetz die Arbeitserlaubnis.

Die andere Frage – das habe ich vorhin nur in zwei kurzen Sätzen angedeutet; ich will es aber gerne noch konkretisieren – ist, dass es, auch wenn jemand abgelehnt worden ist, Gründe geben kann. Wenn zum Beispiel ein Arbeitgeber sagt, da hat sich aber jemand, weil das Asylverfahren so lange gedauert hat, inzwischen schon seit über einem Jahr in meinem Betrieb hervorragend eingearbeitet, ich möchte den unbedingt behalten, und feststeht, dass sich diese Person auch nie etwas hat zuschulden kommen lassen, keine Straftat und dergleichen mehr, dann – das haben wir in unserem Koalitionsvertrag für die neue Legislaturperiode auch ausdrücklich festgehalten – wird in solchen Fällen jedenfalls ausgesprochen wohlwollend geprüft, ob diese Person dann trotz des negativen Bescheides im Interesse seines eigenen Schicksals und weil er als Arbeitnehmer dringend gebraucht wird, zunächst eine Duldung und damit die Möglichkeit erhält, sein Arbeitsverhältnis fortzusetzen. Wenn sich das über weitere ein, zwei Jahre verstetigt, kann auch sein Aufenthaltsrecht verfestigt werden. Das ist die klare gemeinsame Position dieser Koalition, und genau so setzen wir das auch um.

Dies hat aber nichts damit zu tun, dass die Arbeitserlaubnis bei einem negativen Bescheid des BAMF zunächst einmal kraft Gesetz entfällt. Wenn Sie sowohl das eine als auch das andere freundlicherweise zur Kenntnis nehmen würden, liebe Frau Demirel, kämen wir an diesem Punkt auch wieder weiter.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Zur Kenntnis immer! Aber das ist ja nicht das Problem!)

– Okay, vielen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Herrmann. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/769 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.

– Das sind die FREIEN WÄHLER und die CSU. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der AfD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/778 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD-Fraktion. Enthaltungen! – Bei Enthaltung der SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.